



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/31 - 5.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Frankreich ohne Mendés-France	S. 1
Der Nachfolger Hedtofts	S. 3
Der Haushaltsausschuss und die Regierung	S. 4

Der Sturz des Unheimlichen

P.R. Alle Pariser Berichte der letzten Zeit lassen erkennen, dass die Nordafrika-Frage nur der äußere Anlass, ein Vorwand für den Sturz von Mendés-France gewesen ist. Der eigentliche Grund liegt im tiefen Mißtrauen des in seinem Souveränitätsbewußtsein aufs äußerste erschreckten und verletzten französischen Parlaments gegenüber der ungewöhnlichen, starken, dynamischen Persönlichkeit dieses Mannes.

Mendés-France hatte es gewagt, einen neuen politischen Stil in Frankreich einzuführen. Er drohte das französische Parlament im Bewußtsein der französischen Bevölkerung wie des Auslandes von der ersten Stelle zu verdrängen. Es ist bezeichnend, dass vielleicht kein anderer Umstand ihm so geschadet hat, wie seine Gepflogenheit, wenn irgend möglich an jedem Wochenende über den Rundfunk direkt zum französischen Volk zu sprechen - sozusagen unter Umgehung der Vertretung dieses Volkes. Dies erschien unerträglich.

So wich die anfängliche Genugtuung darüber, dass aus den eigenen Reihen ein Mann seines Formats meteorhaft aufstieg und der Welt für Frankreich hohe Achtung abnötigte, mehr und mehr der Furcht der Nationalversammlung, die eigene traditionsell-überragende Stellung an ihn zu verlieren. Die Front seiner Freunde und Anhänger bröckelte von Abstimmung zu Abstimmung schnell ab, bis ihn schließlich sogar viele seiner engsten Kampfgefährten verließen, die sogar, in der Person René Meyers, den letzten Anstoß zu seinem Sturz gaben, ge-

wiß ein besonders tragischer Akzent. Als Mendès-France, freilich auch wieder gegen alle französische Tradition, nach der entscheidenden Abstimmung noch einmal das Wort ergreifen wollte, schrie man ihn förmlich nieder.

Alles das geschah, obwohl jedermann wußte, dass die unmittelbare Folge zunächst einmal ein Abschnitt tödlicher Verlegenheit sein wird, obwohl die Ernennung eines Nachfolgers nach der französischen Verfassung unter leichteren parlamentarisch-technischen Bedingungen erfolgen kann, als während der zurückliegenden zwanzig Regierungsbildungen in der IV. Republik. Auch wird die Wiederkehr irgend eines der abgegriffenen Namen, die in ihrem ewigen Turnus seit Jahrzehnten die Labilität des französischen Regierungssystems demonstrieren, von niemanden heiß ersehnt. Aber für die Mehrzahl der Abgeordneten war es offenbar wichtiger, dass fürs erste dieser unheimliche Mann einmal von der Bildfläche verschwindet, obwohl ihm diktatorische Absichten gewiss nicht unterstellt werden konnten.

Fürs erste. Lange vor seinem nun erfolgten Sturz waren Stimmen zu hören, vielleicht werde es auf lange Sicht für die politische Zukunft von Mendès-France am besten sein, wenn er nach dem atemberaubenden Tempo der ersten acht Monate seiner Regierungsführung zunächst einmal das Feld räume, um seinen Nachfolger, wer immer es sei, umso schneller abwirtschaften zu lassen. Dann erst werde die Zeit der eigentlichen Chance für PMF kommen. Eine Überlegung, die gar nicht so abwegig zu sein braucht und die sogar der jetzt Gestürzte selbst anstellen mag.

Eine andere Frage ist die nach den Folgen seines Sturzes für die internationale Situation, die im Zeichen der höchstgefährlichen Formosa-Krise und der von den Sowjets verkündeten Schwergewichtsverlagerung ihrer wirtschaftlichen Anstrengungen auf die Rüstungsindustrie ohnehin äußerst angespannt ist. Darüber wird noch viel orakelt werden. Schließlich war Mendès-France der erste französische Ministerpräsident, der sich wirklich entschieden für eine baldige Vierer-Konferenz, wenn möglich im Mai, einsetzte, obwohl er es auch war, der, gewiß nur mit größter Anstrengung, die Pariser Verträge in der Nationalversammlung durchbrachte.

Schon in den zwanziger Jahren hörte man oft die Frage, wie lange es sich Frankreich eigentlich noch werde leisten können, alle paar Wochen oder Monate die Welt mit einem neuen Regierungschef zu überraschen. Die Frage erscheint fast überflüssig - Frankreich leistet es sich seit Jahrzehnten und fragt nicht viel nach den Kosten. Umstände und Motive, die zum Sturz von Mendès-France geführt haben, werden aber kaum als Ruhmesblatt in die Geschichte des französischen Parlamentarismus eingehen.

5.2.1955

Dänemarks "H. C."

bb. Kopenhagen

Am Dienstag, dem 8. Februar, stellt sich der Nachfolger Hans Hedtofts als Regierungschef dem dänischen Parlament. Er ist im Verlauf der vergangenen Woche von allen befugten Gremien seiner Partei einstimmig und ohne Zögern oder Zweifel für diesen Posten nominiert worden. Obgleich die Regierung im Parlament in der Minderheit ist, gibt es keinen Menschen in Dänemark, der daran zweifelt, dass der neue Ministerpräsident durchkommt.

Er trägt den in Dänemark und Nachbargebieten nicht unbekannt Namen H a n s e n, aber niemand nennt ihn bei seinem Familiennamen, auch nicht bei seinem Vornamen, sondern bei den ersten Buchstaben seiner beiden Vornamen: H.C. In der Presse und sonst in der Öffentlichkeit wurde seine Ernennung mit noch nie gekannter Einmütigkeit willkommen geheißen. Am besten fand diese Stimmung in einem leitenden Artikel Ausdruck, der in einer einwandfrei konservativen Zeitung am 2. Februar erschien und die einfache Überschrift trug: H.C. Hier wurde der neue Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Dänemarks und angehende Regierungschef in überzeugenderen Worten und in einer feineren Einschätzung seiner menschlichen und politischen Eigenschaft gewürdigt als irgendwo sonst. Der Artikel rührt, so sagt man, von seinem geschlagenen konservativen Gegenkandidaten in seinem Wahlkreis bei den letzten Wahlen her.

Es gibt in der dänischen Geschichte einen anderen "H.C.", nämlich den Märchendichter, dessen Familiennamen Andersen auch außerhalb seines Landes nicht ganz unbekannt ist. Mit ihm hat der heutige H.C. vor allem einen kulturellen Stil und eine Lebensauffassung gemeinsam, die das dänische Volk heute vor allen anderen auszeichnet, einen Lebensstil der Ausgeglichenheit, der Urteilsfähigkeit und der bleibenden schöpferischen Phantasie. Der neue Staatsminister Dänemarks verkörpert ihn in vorbildlicher Weise. H.C.Hansen ist auch Dichter. Seine Muse regt ihn besonders in den menschlichen

und politischen großen Stunden an und gibt ihnen eine bei Politikern sehr seltene Feierlichkeit und Innerlichkeit.

Vor allem ist aber H.C. Hansen ein Mann des Volkes, ursprünglicher Typographlehrling, Jungsozialist, Parteisekretär, Abgeordneter, Präsident der Sozialistischen Jugend-Internationale und somit politisch wie menschlich intim mit Erich Ollenhauer, dem Vorsitzenden der SPD, verbunden, Finanzminister und zuletzt Außenminister Dänemarks mit reicher Erfahrung in der internationalen Arbeit. Dass Dänemark eine solche Begabung, eine solche staatsmännische Persönlichkeit und einen solchen Menschen an die Spitze seines öffentlichen Lebens zu stellen vermag, bedeutet eine Bereicherung im Kreis der führenden Männer Europas und aller völkerverbindenden Zusammenarbeit. Aus deutscher Sicht ist es dabei gewiss kein Nachteil, dass der neue dänische Ministerpräsident, H.C. Hansen, Deutschland kennt und schätzt, seine Sprache spricht und sich dort wohl fühlt.

* * *

Merkwürdige Bedenken

Von Bundestagsabgeordneten Ritzel
Mitglied des Haushaltsausschusses

Die Bundesregierung hat zu den Einsparungsvorschlägen des Haushaltsausschusses bei der Beratung des Bundeshaushaltsetwurfs für das Rechnungsjahr 1955 Bedenken geäußert. Es wird erklärt, das Kabinett sei nach eingehenden Erörterungen zu der Auffassung gekommen, dass von den Bundesministerien so sparsam wie möglich gewirtschaftet werde. Die Bundesregierung glaube, dass die Ausschussbeschlüsse nicht geeignet seien, die Arbeit der Bundesregierung zu fördern.

Dieser merkwürdige Versuch einer Beeinflussung der parlamentarischen Arbeit verdient eine nähere Untersuchung, er offenbart auch Zwiespältigkeiten, die aufzuklären der Mühe Wert sein dürften.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus einem Krankheitsurlaub hat Bundesfinanzminister Schäffer in einer Etatrede im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Unterstützung dieses Ausschusses

erbeten, um den nicht vorhandenen Etatausgleich herbeizuführen. Dass diese Unterstützung kaum in der Erhöhung der Einnahmeansätze, sondern so gut wie ausschließlich in der Senkung der Ausgaben gesehen werden kann, ist niemanden besser bekannt als dem als Fachmann unbestrittenen Bundesfinanzminister. Von der ersten Stunde der Haushaltsberatung an haben die sozialdemokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses alles darangesetzt, um in gewissenhafter, kritischer Überprüfung der Haushaltsansätze der Bundesregierung an dem erstrebten Ziel eines Etatausgleiches positiv mitzuwirken. Auch Vertreter anderer Fraktionen, insbesondere der CDU, haben Sparmassnahmen beantragt, die auch die sozialdemokratische Zustimmung gefunden haben. Anträge der SPD, die den Regierungsparteien zu weit gingen, so die Herabsetzung der Aufwandsentschädigung der Bundesminister, fanden keine Mehrheit. Auch die von den Sozialdemokraten beantragte Streichung des Familienministeriums und der vier Sonderminister ohne Geschäftsbereich wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Warum die Aufregung der Bundesregierung? Sollen die eigenen Vertreter der Regierungskoalition im Haushaltsausschuss "zur Ordnung gerufen" werden? Soll der Haushaltsausschuss vorbehaltlos schlucken, was die Weisheit der einzelnen Ministerien gebiert? Es hiesse die Aufgaben des Parlaments und seiner Ausschüsse gründlich verkennen, wenn die Verabschiedung eines Haushalts über 27,8 Milliarden DM durch das Parlament lediglich so zu betrachten wäre, als ob die Ansätze in dem Regierungsentwurf der Weisheit letzter Schluss seien.

Die "Bedenken" der Bundesregierung müssen einen tieferen Sinn haben. Offensichtlich fürchtet sie, dass die noch längst nicht abgeschlossene gründliche Etatberatung im Haushaltsausschuss und erst recht im Plenum noch weitere unangenehme Einsparungsmaßnahmen bringen könnte. Man kann hierbei in erster Linie an die Notwendigkeit einer Überwindung des Aufblähungsprozesses im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung oder auch an den Etat der Dienststelle Blank denken. Im letzten Punkt hat der Haushaltsausschuss die Überrollung mit den nicht begründeten vorjährigen Etatansätzen abgelehnt und eine begründete Vorlage mit Detailangaben verlangt.

Es mag sein, dass die entschiedene Haltung des Haushaltsausschusses der Bundesregierung auf die Nerven geht. Aber die Frage sei gestattet: Wie deckt sich das Verlangen des Bundesfinanzministers auf gründliche Einzelprüfung des Etats mit der Behauptung der Bundesregierung, dass von den Bundesministerien so sparsam wie möglich gewirtschaftet werde und dass die Ausschussbeschlüsse nicht geeignet seien, die Arbeit der Bundesregierung zu fördern?

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau